



Niederschrift

19. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltschutz

Sitzungstermin:	Donnerstag, 17.11.2005
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:35 Uhr
Ort, Raum:	Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 124

Anwesend sind:

Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Grittner, Wolfgang	Fraktion DIE LINKE. PDS,	
KWG		
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Herr Kirsch, Wolfhard	SPD	anwesend bis 19:30 Uhr
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	anwesend ab 19:05 Uhr
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:55 Uhr
Herr Henning, Tino	DIE LINKE. PDS	
Herr Mannhöfer, Burghard	DIE LINKE. PDS	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Herr Rietz, Klaus	CDU	
Herr Siebenhaar, Horst	Seniorenbeirat	
Frau Tietz, Kathrin	CDU	
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE. PDS	
Herr Witschak, Jirka	SPD	

Nicht anwesend sind:

Herr Kruschat, Axel	Die Andere	entschuldigt
Frau Wagner, Angela	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Wilke, Norbert	Die Andere	nicht anwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 20.10.2005
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Verkehrsberuhigung der Gutenbergstraße
Vorlage: 05/SVV/0737
Verfasser : Fraktion Grüne/B90

- 4 DB-Haltestelle Grube/Bornim
Vorlage: 05/SVV/0819
Verfasser : Fraktion BürgerBündnis
- 5 Änderung der Satzung (01/SVV/0873) zur Sondernutzung an öffentlichen Straßen
Vorlage: 05/SVV/0824
Verfasser : Fraktion CDU
- 6 Wohnumfeldverbesserung in der Waldstadt II
Vorlage: 05/SVV/0825
Verfasser : Fraktion CDU
- 7 Konzeption zur Abwasserentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam 2004-2008 einschließlich der neuen Ortsteile Golm und ehem. Amt Fahrland (Abwasserbeseitigungskonzept 2004-2008)
Vorlage: 05/SVV/0877
- 8 Vertrag zur Integration der Ortsteile Golm, Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, Marquardt, Satzkorn und Uetz-Paaren in das Gebiet des Ver- und Entsorgungsvertrages
Vorlage: 05/SVV/0878
Verfasser : FB Grün- und Verkehrsflächen
- 9 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung gem. § 23 Abs. 2 Satz 1 GKG zur Übertragung der Aufgabe und Durchführung der Wasserversorgung der Gemeinde Schwielowsee, Ortsteile Caputh und Geltow auf die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0879
Verfasser : FB Grün- und Verkehrsflächen
- 10 Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam (WVS)
Vorlage: 05/SVV/0880
Verfasser : FB Grün- und Verkehrsflächen
- 11 Satzung für die öffentlichen Entwässerungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam (EWS)
Vorlage: 05/SVV/0881
Verfasser : FB Grün- und Verkehrsflächen
Verfasser 2: Frau Kosel, Tel. 2780
- 12 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Entwässerung in der Landeshauptstadt Potsdam (Fäkalabfuhrgebührensatzung)
Vorlage: 05/SVV/0882
Verfasser : FB Grün- und Verkehrsflächen
- 13 Aufhebungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Anlagen AW II und III zur zentralen Abwasserbeseitigung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0883
Verfasser : FB Grün- und Verkehrsflächen
- 14 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2006 bis 2007/2009
Vorlage: 05/SVV/0829
Verfasser : FB Jugendamt
- 15 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 05/SVV/0850
Verfasser : Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 16 Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009
Vorlage: 05/SVV/0851
Verfasser : Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 17 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe
Vorlage: 05/SVV/0852
Verfasser : Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 18 Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009
Vorlage: 05/SVV/0853
Verfasser : Zentrale Steuerungsunterstützung

- 19 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0862
Verfasser : FB Umwelt und Gesundheit
- 20 Abfallgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2005
Vorlage: 05/SVV/0863
Verfasser : FB Umwelt und Gesundheit
- 21 Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Erste Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)
Vorlage: 05/SVV/0832
Verfasser : FB Feuerwehr
- 22 Geschwindigkeitskontrollen vor Schulen und Kitas
Vorlage: 05/SVV/0841
Verfasser : Fraktion Familien-Partei
- 23 Abbau des Verkehrsstaus
bezüglich DS Nr.: 05/SVV/0508
Vorlage: 05/SVV/0797
Verfasser : FB Ordnung und Sicherheit
- 24 Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0770
Verfasser : FB Umwelt und Gesundheit
- 25 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herr Jäkel.

Zu Beginn der Sitzung sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Jäkel schlägt für den Fall, dass die Tagesordnung in der heutigen Sitzung nicht abgearbeitet werden kann vor, die Sitzung am 01.12.2005 fortzusetzen.

Die Tagesordnungspunkte 7 bis 13 sollten im Anschluss an TOP 2 behandelt werden, die Tagesordnungspunkte 19 und 20 im Anschluss an TOP 14.

Die Drucksachen zum Haushalt sollen in der heutigen Sitzung lediglich eingebracht werden. Die Diskussion erfolgt dann in der Dezember-Sitzung.

Der Tagesordnungspunkt 24 wird auf die Dezember-Sitzung des OU-Ausschusses vertagt.

Es wird im Anschluss an die öffentliche Sitzung ein nicht öffentlicher Tagesordnungspunkt angefügt, da die Verwaltung eine Information gibt.

Herr Kirsch bittet, den Tagesordnungspunkt 10 nach 19:00 Uhr zu behandeln, das Herr Mühlberg zu dieser Drucksache einen Änderungsantrag einbringen möchte.

Herr Lehmann bittet, die Tagesordnungspunkte 15 bis 18 nur einzubringen und keine Diskussionen zu führen. Zur zweiten Lesung soll die Verwaltung die Schwerpunkte die aus ihrer Sicht bestehen, zusammengefasst ausreichen.

Frau Müller sagt dies zu.

Herr Jäkel schlägt vor, den TOP 10 nach TOP 13 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.2 Bestätigung des Protokolls vom 20.10.2005

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Jäkel informiert, dass in der nächsten Sitzung des OU-Ausschusses der Umgang mit Graffiti beraten werden soll. Dieses Thema wird als gesonderter Tagesordnungspunkt behandelt.

**zu 3 Verkehrsberuhigung der Gutenbergstraße
Vorlage: 05/SVV/0737**

Frau Dr. Lotz bringt den Antrag ein und bittet, diesen mit dem Wortlaut abzustimmen, wie es auch im SB-Ausschuss erfolgt ist.

Herr Mannhöfer fragt, wie die Verkehrsberuhigung erfolgen soll.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob in der südlichen Innenstadt zwischen Brandenburger Straße/Bassinplatz und Hegelallee/Kurfürstenstraße eine Verkehrsberuhigung durchsetzbar ist.

Das Prüfergebnis ist der STVV im Mai 2006 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 4 DB-Haltestelle Grube/Bornim
Vorlage: 05/SVV/0819**

Herr Volkmann erklärt, dass die Schließung der Haltestelle Bornim/Grube aufgrund des extrem geringen Fahraufkommens erfolgt ist. Der Bahnhof Golm soll als Haltepunkt weiter verstärkt werden.

Herr Kapuste verweist auf den Prüfauftrag an den Oberbürgermeister bezüglich der City-Schnellbahn.

Herr Jäkel bringt folgenden **Änderungsantrag** ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt herauszuarbeiten, wie und unter welchen Umständen die Wiederinbetriebnahme der DB-Haltestelle Bornim/Grube für den öffentlichen Nahverkehr ermöglicht werden kann. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt das Bemühen des Ortsbeirates Grube zur Nutzung und Aktivierung der vorhandenen Infrastruktur des schienengebundenen ÖPNV. Ausdrücklich soll auch die Einrichtung eines P+R-Platzes am Bahnhof geprüft werden. Der Ortsbeirat ist in die Gespräche einzubeziehen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im März 2006 über das Prüfergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 1

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die DB-Haltestelle Bornim/Grube für den öffentlichen Nahverkehr wieder in Betrieb genommen werden kann.
2. Termin für die Berichterstattung: StVV am 07. Dezember 2005

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 5 Änderung der Satzung (01/SVV/0873) zur Sondernutzung an öffentlichen Straßen
Vorlage: 05/SVV/0824**

Herr Kapuste bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Kluge erklärt, dass dies rechtlich nicht möglich ist und macht folgende Ausführungen:

Die Installation von Informationsständen im öffentlichen Straßenraum (auch dem Fußgänger vorbehaltene Flächen stellen einen solchen dar) stellen darüber hinaus gemäß dem Brandenburgischen Straßengesetz keinen Gemeingebrauch im eigentlichen Sinne, sondern vielmehr eine Sondernutzung dar. Diese bedarf einer

entsprechenden Erlaubnis. Die verkehrlichen Auswirkungen von Informationsständen unterscheiden sich gravierend von den abschließend unter § 4 Abs. 1 aufgeführten, erlaubnisfreien Sondernutzungen nach der Sondernutzungssatzung der Stadt Potsdam.

Insofern ist hier höherrangiges Recht zu berücksichtigen, welches uns keine Rechtsgrundlage für die oben gewünschte Durchführung von Sondernutzungen bietet.

Ungeachtet dessen, ist die Rolle der politischen Parteien und deren öffentlicher Auftrag zur politischen Willensbildung der Bevölkerung beizutragen unumstritten.

Gerade in Vorbereitung auf Landtags- und Bundestagswahlen war das Bedürfnis der Parteien, auf unterschiedlichste Art und Weise über ihre Vorstellungen und Ziele zu informieren, außerordentlich groß.

Aus diesem Grunde kamen für die Durchführung von Informationsveranstaltungen der Parteien immer wieder die gleichen, stark frequentierten Orte wie z.B. Brandenburger Str., Vorplatz am Brandenburger Tor, Vorplatz am Nauener Tor in Frage.

Diese Orte gehören jedoch auch zu den am häufigsten für Veranstaltungen anderer Art genutzten Flächen im öffentlichen Straßenraum. Nur durch die gute Koordination der unterschiedlichsten Bedürfnisse der Antragsteller war bisher immer eine problemlose Realisierung der beantragten Sondernutzungserlaubnisse möglich. Hierbei haben vor allem die Parteien mit ihrem Bedürfnis nach öffentlichkeitswirksamer Präsenz Vorrang genossen.

Die Bearbeitung der eingereichten Anträge erfolgte i.d.R. stets kurzfristig und unkompliziert im vereinfachten Verwaltungsverfahren. Dabei war für den Antragsteller nicht überschaubar, ob die Verwaltung während des Abstimmungsprozesses andere Anträge ablehnen bzw. mit dem Antragsteller Verschiebungen bezüglich Ort und Zeit der Durchführung seiner Sondernutzung klären musste. Eine besondere Fristwahrung bei der Antragstellung ist ebenfalls dringend notwendig, da im Falle von Ablehnungen oder Verschiebungen auch der andere betroffene Veranstalter rechtzeitig einen Handlungsspielraum erhalten muss. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass in der Regel hinter einer Sondernutzung auch kostenpflichtige Vertragsvereinbarungen stehen.

Somit bleibt festzustellen, dass nur über das Instrument der Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis die Stadtverwaltung in der Lage ist, die im Interesse der Allgemeinheit und insbesondere der politischen Parteien liegende Koordinierungsfunktion angemessen erfüllen zu können.

Die Gewährleistung von Planungssicherheit für die Parteien, Berücksichtigung bereits längerfristig genehmigter Veranstaltungen und Sondernutzungen aller Art sowie die stete Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung bei der Abwicklung aller Verkehrsarten ist das spürbarste Ergebnis dieses effizienten Verwaltungshandelns.

Dementsprechend kann dem Antrag, sowohl aus pragmatischen als auch aus rein rechtlichen Gründen nicht gefolgt werden.

Herr Lehmann erklärt, dass er den Antrag als erledigt betrachtet, wenn die Ausführungen von Frau Kluge als Wortprotokoll aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird als erledigt betrachtet.

zu 6 Wohnumfeldverbesserung in der Waldstadt II
Vorlage: 05/SVV/0825

Herr Lehmann bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Ernst erklärt, dass derzeit die Auflichtung eines Innenhofes am Ginsterweg mit der GEWOBA abgestimmt wird. Es besteht Einigkeit über den Pilotcharakter des Vorhabens. Der Fällantrag für den ersten Innenhof wird derzeit vorbereitet. Der Umfang der Fällungen ist bereits mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.

Die eventuell wegen unzumutbarer Beschattung zu fällenden Bäume wurden bei einem ersten Beratungstermin seitens des Bereiches Umwelt und Natur und den betroffenen Bürgern vor Ort begutachtet.

In enger Zusammenarbeit der entsprechenden Bereiche der Stadtverwaltung Potsdam, den betroffenen Hausverwaltungen und Mietern des Wohnquartiers wird zeitnah eine Diskussionsrunde gebildet mit dem Ziel, eine mittel- und langfristige Problemlösung zu erreichen.

Herr Lehmann bittet um Aufnahme der Ausführungen von Herrn Ernst in das Wortprotokoll und stellt den Antrag zurück.

Frau Dr. Lotz fragt nach der Anzahl der Bäume, die im Pilotprojekt im Ginsterweg gefällt werden sollen.

Herr Ernst bietet an, in einem halben Jahr im Ausschuss über das Pilotprojekt zu berichten.

Die Information zur Anzahl der Fällgenehmigungen erfolgt als Anlage zum Protokoll oder spätestens in der nächsten Sitzung des OU-Ausschusses.

Herr Lehmann stellt den Antrag für 6 Monate (Mai 2006) zurück.

zu 7 Konzeption zur Abwasserentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam 2004-2008 einschließlich der neuen Ortsteile Golm und ehem. Amt Fahrland (Abwasserbeseitigungskonzept 2004-2008)
Vorlage: 05/SVV/0877

Herr Schenke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Lehmann stellt fest, dass der Nuthedamm nicht in der Priorität der Planung steht.

Herr Schenke erklärt, dass der Nuthedamm zur Ortslage Drewitz gehört.

Herr Lehmann fragt, ob die Verwaltung verbindlich sagen kann, dass in Uetz-Paaren bis 2008 kein Abwasseranschluss erfolgt.

Herr Schenke erklärt, dass die Stadtverwaltung dies in den nächsten Jahren nicht vor hat.

Herr Kapuste fragt, ob die Anschlüsse für Nedlitz 2006 erfolgen.

Herr Schenke sagt zu, dass dies in Nedlitz noch im Jahre 2006 abgeschlossen werden soll.

Herr Dr. Grittner fragt nach den Anschlüssen in Marquardt-Siedlung.

Herr Schenke macht deutlich, dass dies nach 2008 angegangen werden kann, wenn der Wunsch besteht.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Konzeption zur Abwasserentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam 2004 – 2008 einschließlich der neuen Ortsteile Golm und ehem. Amt Fahrland

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0
Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 8 Vertrag zur Integration der Ortsteile Golm, Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, Marquardt, Satzkorn und Uetz-Paaren in das Gebiet des Ver- und Entsorgungsvertrages
Vorlage: 05/SVV/0878**

Herr Schenke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Vertrag zur Integration der Ortsteile Golm, Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, Marquardt, Satzkorn und Uetz-Paaren in das Gebiet des Ver- und Entsorgungsvertrages

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0
Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 9 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung gem. § 23 Abs. 2 Satz 1 GKG zur Übertragung der Aufgabe und Durchführung der Wasserversorgung der Gemeinde Schwielowsee, Ortsteile Caputh und Geltow auf die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0879**

Herr Schenke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung gem. § 23 Abs. 2 Satz 1 GKG zur Übertragung der Aufgabe und Durchführung der Wasserversorgung der Gemeinde Schwielowsee, Ortsteile Caputh und Geltow auf die Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0
Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 10 Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt
Potsdam (WVS)
Vorlage: 05/SVV/0880**

Herr Schenke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Kirsch bittet um Aufnahme der Kalkulation in die Satzung.

Herr Schenke erklärt, dass in die Kalkulation Einsicht genommen werden kann.
Eine Aufnahme in die Satzung ist nicht möglich.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Satzung über die öffentliche Wasserversorgung der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0
Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 11 Satzung für die öffentlichen Entwässerungsanlagen der Landeshauptstadt
Potsdam (EWS)
Vorlage: 05/SVV/0881**

Herr Schenke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Jäkel bittet die Verwaltung, bei Ausreichung von Austauschseiten zu Drucksachen, die jeweiligen Änderungen kenntlich zu machen.

Herr Schenke sagt dies zu.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Satzung für die öffentlichen Entwässerungsanlagen der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0
Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 12 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Entwässerung
in der Landeshauptstadt Potsdam (Fäkalabfuhrgebührensatzung)
Vorlage: 05/SVV/0882**

Herr Schenke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Entwässerung in der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 13 Aufhebungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Anlagen AW II und III zur zentralen Abwasserbeseitigung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0883

Herr Schenke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Aufhebungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Anlagen AW II und III zur zentralen Abwasserbeseitigung der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 14 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2006 bis 2007/2009
Vorlage: 05/SVV/0829

Der Ausschuss stellt fest, dass keine fachliche Zuständigkeit besteht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

zu 15 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 05/SVV/0850

Frau Müller bringt die Drucksachen 05/SVV/0850 bis 05/SVV/0853 (TOP 15 bis 18) bezüglich der Fachbereiche Ordnung und Sicherheit sowie Feuerwehr und für den Bereich Umwelt und Natur ein. Sie weist darauf hin, dass aus Sicht der Verwaltung bezüglich des Verwaltungshaushaltes 2006 keine Anmerkungen gibt. Die HSK-Maßnahmen sind einzuhalten.

Hinsichtlich des Vermögenshaushaltes der Feuerwehr ist zu beachten, dass eine Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen nicht möglich ist. Dadurch entstehen erhebliche Kosten für Reparaturen, die sich auf den Verwaltungshaushalt auswirken werden.

Herr Mühlberg fragt, wieviel Ersatz an Fahrzeugen benötigt wird.

Herr Hülsebeck erklärt, dass das eigentliche Problem weniger die finanziellen Auswirkungen sind, sondern die erheblichen Ausfallzeiten der Fahrzeuge aufgrund von Reparaturen. Dadurch ist die Einsatzbereitschaft sehr erschwert.

Herr Lehmann weist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bezüglich der Beschaffung von Fahrzeugen für die Feuerwehr hin.

Frau Müller macht darauf aufmerksam, dass sich der genannte Beschluss auf die Beschaffung von Rettungsfahrzeugen bezieht.

Herr Henning fragt nach, ob die Finanzierung der Hauptfeuerwache bis 2008 gesichert wäre, da im Investitionsprogramm nicht genügend Mittel bis 2008 eingestellt sind.

Frau Müller wird dazu in der nächsten Ausschusssitzung informieren.

zu 16 Finanzplan und Investitionsprogramm 2005 - 2009

Vorlage: 05/SVV/0851

Siehe TOP 15.

zu 17 Feststellung der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe

Vorlage: 05/SVV/0852

Siehe TOP 15.

zu 18 Haushaltssicherungskonzept 2006 - 2009

Vorlage: 05/SVV/0853

Siehe TOP 15.

zu 19 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 05/SVV/0862

Herr Ernst bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Wortlaut der beiliegenden Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0
Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 20 Abfallgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2005

Vorlage: 05/SVV/0863

Herr Ernst bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.
Er weist darauf hin, dass im Betreff der Beschlussvorlage irrtümlich 2005 steht.

Es handelt sich um die Abfallgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2006.

Herr Lehmann bittet um Einsichtnahme und Erläuterung der Kalkulationen alt und neu.

Herr Ernst sagt dies zu.

Herr Mühlberg regt an zu prüfen, ob zukünftig eine Grundgebühr pro Haushalt und nicht pro Person eingerichtet werden kann.

Herr Ernst nimmt dies auf.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam (Abfallgebührensatzung) gemäß Wortlaut der beiliegenden Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0
Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 21 Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Erste Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)
Vorlage: 05/SVV/0832**

Herr Hülsebeck bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Erste Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0
Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 22 Geschwindigkeitskontrollen vor Schulen und Kitas
Vorlage: 05/SVV/0841**

Frau Kluge erklärt, dass bereits präventiv vor Schulen und Kitas erfolgen.

Herr Kapuste spricht sich gegen den zweiten Absatz des Antrages aus. Die Verwaltung sollte reagieren, wenn Probleme angezeigt werden.

Frau Kluge informiert, dass durch die Stadt Potsdam derzeit an 200 Messstellen Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Dabei erfolgt der Einsatz von

drei mobilen Kameras und einer stationären Kamera.

Alle Messstellen sind in Abstimmung mit der Verkehrsunfallkommission beantragt und durch diese bestätigt worden. Es handelt sich bei allen Messstellen um besondere Schwerpunkte. Dabei erfolgen die Geschwindigkeitskontrollen nicht immer in unmittelbarer Nähe von Schulen und Kindertagesstätten, sondern auch in der Nähe von Altenheimen bzw. dienen auch der Schulwegssicherung.

Jährlich kommen in Abstimmung mit der Verkehrsunfallkommission neue Messstellen hinzu, bzw. werden bereits vorhandene geprüft.

Die Verwaltung reagiert auch auf Hinweise von Schulleitern und Revierpolizisten. Am Schuljahresbeginn erfolgen verstärkt Messungen an Schulwegen, auch in enger Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht.

Eine Statistik nur für Messorte in unmittelbarer Nähe von Schulen und Kitas ist derzeit verfahrenstechnisch nicht realisierbar.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Verwaltung anzuweisen, den Anteil der Geschwindigkeitskontrollen vor Schulen und Kitas an den insgesamt durchgeführten Kontrollen deutlich zu erhöhen.

Über die Ergebnisse der Kontrollen ist der Stadtverordnetenversammlung halbjährlich ein Bericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 4

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 23 Abbau des Verkehrsstaus
 bezüglich DS Nr.: 05/SVV/0508
 Vorlage: 05/SVV/0797**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 24 Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept Potsdam
 Vorlage: 05/SVV/0770**

Die Drucksache wird vertagt auf die Sitzung am 15.12.2005.

zu 25 Sonstiges

Herr Lehmann weist auf die neue Lichtsignalanlage in der Großbeerenstraße/Mendelssohn-Bartholdy-Straße hin, die ständig defekt ist. Die alte Anlage war aus seiner Sicht völlig in Ordnung.

Herr Jäkel bittet um eine aktuelle Auflistung der Lichtsignalanlagen incl. Einsatzzeiten.

Herr Mühlberg fragt, ob es möglich ist, die neu eingerichtete Ampel in der Potsdamer Straße/Florastraße nachts abzuschalten.

Herr Henning fragt, ob an dieser Kreuzung die Anbringung eines gelben Blinklichtes für Linksabbieger möglich ist.

Frau Müller nimmt dies auf und wird dies als schriftliche Zuarbeit aus den Geschäftsbereich Stadtplanung und Bauen abfordern oder in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des OU-Ausschusses aufnehmen.

Nächster OUL-Ausschuss: 15. Dezember 2005 18:00 Uhr

**Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Protokoll**